



>>> IDENTITÄT UND WELTOFFENHEIT SICHERN - INTEGRATION FORDERN UND FÖRDERN

Positionspapier zum Nationalen Integrationsplan

Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
vom 24. April 2007

Mit dem Integrationsgipfel am 14.07.2006 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ein wichtiges Zeichen gesetzt: Integration muss endlich ernst genommen werden – auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft und auch von den Zuwanderern selbst. Bund, Länder und Kommunen erarbeiten gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen und Repräsentanten der Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, einen „nationalen Integrationsplan“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte dazu den Anstoß gegeben und betont, ein solcher Aktionsplan könne nur durch konkrete Zielgrößen mit klarer Zeitperspektive und Verantwortlichkeit Ergebnisse bringen. Vereinbart wurde auf dem „nationalen Integrationsgipfel“, sich auf verbindliche, in ihrem Erfolg konkret prüfbare Maßnahmen zu verpflichten. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration durch die Staatsministerin im Bundeskanzleramt Maria Böhmer, unterstreicht die CDU/CSU-geführte Bundesregierung die Bedeutung, die sie der Aufgabe Integration zumisst.

Integration ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Integration liegt im Interesse aller in Deutschland. Es gilt, die Gefahren abzuwenden, die drohen, wenn Menschen, die das Recht erworben haben, dauerhaft in Deutschland zu leben, hier nicht auch gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Teilhabe finden. Und es gilt vor allem, die Chancen zu nutzen, die sich eröffnen, wenn auch diese Menschen in Deutschland ihre Begabungen ungehindert entfalten können. Wir wollen allen Bürgern Deutschlands die Gewissheit geben, dass Deutschland das Land bleibt, in dem sie zu Hause sein, sich sicher fühlen und sich eine Zukunft schaffen können.

Integration braucht Rückhalt. Die entscheidende Voraussetzung für den notwendigen Konsens ist, Zuwanderung zu begrenzen und zu steuern. Die Integrationskraft des Bildungswesens, des Arbeitsmarkts und der Zivilgesellschaft in Deutschland müssen gestärkt und ihre Grenzen respektiert werden. Zuwanderung in die Sozialsysteme lehnen wir ab und wollen sie so weit als möglich ausschließen.

Integration ist unverzichtbar. 6,7 Millionen Ausländer leben in Deutschland. 904.458 Bürger Deutschlands haben die Staatsbürgerschaft zwischen 2000 und 2005 erworben. Rund 15,3 Millionen Ausländer und deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund zählt der aktuelle Mikrozensus. Integration muss gelebt werden im privaten Umfeld, in der Nachbarschaft, in Schule und Beruf, im Sportverein oder in einer der vielfältigen sozialen und kulturellen Initiativen. Die deutsche Politik muss sich der Tatsache stellen, dass sich das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen nur mit bewusster Anstrengung konfliktfrei und harmonisch gestalten lässt.

Integration muss gewollt sein. Integration ist weder eine einseitige Aufgabe der Einheimischen noch ausschließlich eine staatliche

Verpflichtung. Integration ist vor allem auch eine Verpflichtung und Aufgabe der Zuwanderer, die dauerhaft in Deutschland leben wollen und können. Der aus Traditionen und den Selbstverständlichkeiten des alltäglichen Zusammenlebens folgende Zusammenhalt der Bevölkerung in Deutschland muss ebenso erhalten bleiben wie der Konsens über die Werte des Grundgesetzes. Die Zustimmung zu Demokratie, Rechtsstaat und individuellen Freiheitsrechten für Frauen wie Männer muss für jeden selbstverständlich sein, der auf Dauer in Deutschland leben will. Der „nationale Integrationsplan“ macht Schluss mit der als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber vermeidbaren Konflikten in unserer Gesellschaft. Der umfassende Geltungsanspruch und die Schutzfunktion der vom deutschen Gesetzgeber verantworteten Rechtsordnung darf nicht aufgegeben werden: Das Eindringen von Rechtsvorstellungen, die der freiheitlich-demokratischen Wertordnung des Grundgesetzes widerstreiten, darf in keinem Fall geduldet werden. „Parallelrechtsordnungen“, rechtsfreie Räume oder gar Selbstjustiz im Namen von Gruppennormen oder angeblichen Ehrbegriffen darf der demokratische Rechtsstaat nicht dulden.

Integration ist überfällig. Integration stärkt die Unabhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Ausländische Arbeitnehmer waren vor allem in Großbetrieben und Ballungszentren gesucht. Wohnung fanden sie zumeist in der Nähe der Betriebe und in innerstädtischen Sanierungsgebieten. Später kommende Zuwanderer suchten die Nähe ihrer Angehörigen oder Landsleute. In manchen Stadtvierteln stellen Zuwanderer deshalb einen weit überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil vor allem in der jungen Generation. Dies spiegelt sich dort in den Schulen in der Quote der Schüler mit Migrationshintergrund wieder. Damit sich nicht Parallelgesellschaften und die mit ihnen verbundenen Spannungen und Ungerechtigkeiten verfestigen, gilt es, Leistungswillen zu ermutigen und faire Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen zu bieten.

Integration muss auf Unterschiede eingehen. Seit Jahrzehnten kommen Zuwanderer mit verschiedensten Migrationshintergründen nach Deutschland – aus unterschiedlichen Ländern, mit ganz unterschiedlichen Erwartungen. So sind beispielsweise seit 1991 über 3,1 Millionen deutsche Spätaussiedler nach Deutschland gezogen. Sie sind überwiegend integriert und stellen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft dar. Sie wollen als Deutsche wahrgenommen und angesprochen werden. Erfolgreich kann Integration nur sein, wenn sie auf die Belange der einzelnen Zuwanderergruppen mit ihren Hintergründen und Zielen eingeht.

Mehr Anstrengung für Integration ist nötig. Viele Probleme haben sich in den letzten Jahren verschärft: Sprachkompetenz und Schulerfolg werden schwächer eingeschätzt, die Arbeitsmarktprobleme haben Zuwanderer stärker getroffen. Eine wachsende Mehrheit der Bürger

sorgt sich vor zunehmender Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft. Angesichts deutlicher Integrationsdefizite in der zweiten und dritten Zuwanderer-Generation bedarf es verstärkter Anstrengungen des Bundes, der Länder, der Kommunen, der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Gruppen – und vor allem der Migranten selbst.

Deutschkenntnisse fordern, Deutschkenntnisse fördern

Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Aus dieser Einsicht wurden lange nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. Oft kamen Familienangehörige ohne jede Sprachkenntnis nach Deutschland. Zu viele Zuwanderer beherrschen die deutsche Sprache auch dann kaum, wenn sie schon länger hier leben. Die Verweigerung von Integrationsangeboten blieb für Empfänger staatlicher Sozialleistungen folgenlos. Die Novelle zum Zuwanderungsgesetz soll für mehr Verbindlichkeit sorgen:

- Wer als Ehegatte nach Deutschland zieht, muss künftig vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.
- Wer zu einem Integrationskurs verpflichtet wurde, muss diesen ordnungsgemäß abschließen. Bloße Teilnahme genügt nicht. Wer sich verweigert, dem droht ein Bußgeld oder er läuft Gefahr, Deutschland wieder verlassen zu müssen.
- Sozialleistungen von „Hartz IV“-Empfängern, die an einem verpflichtenden Integrationskurs nicht ordnungsgemäß teilnehmen, werden um 30 Prozent gekürzt.

Integrationskurse intensivieren

Eine erste Bilanz der 2005 eingeführten Integrationskurse ist unbefriedigend: 322.000 Personen waren bis 31.08.2006 zur Teilnahme an einem Sprach- oder Integrationskurs berechtigt. Nur 185.000 nahmen teil und nur 31.000 stellten sich erfolgreich der freiwilligen Prüfung. Von der gesetzlichen Möglichkeit, Ausländer in Deutschland, die noch kein Deutsch können, zum Besuch von Integrationskursen zu verpflichten, müssen die Ausländerbehörden verstärkt Gebrauch machen. Unser Ziel ist, das Angebot der Sprach- und Integrationskurse zu verbessern.

Integration fördern durch:

- qualitative Verbesserung der Integrationskurse durch flexiblere Angebote und verstärkte Binnendifferenzierung
- Feststellung des Integrationsbedarfs durch verstärkte Zusammenarbeit und Datenaustausch mit Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Arbeitsverwaltung und Ausländerbehörden
- Vorschaltung von Alphabetisierungskursen vor Integrationskurse
- Einführung besonderer Jugendkurse (900 statt 600 Stunden, kleinere Gruppen) mit vertiefter Vorbereitung auf eine spätere Berufsausbildung (Vermittlung von Berufspraktika, Qualifizierungsmaßnahmen)

- Einführung besonderer Frauenkurse (900 statt 600 Stunden, kleinere Gruppen) mit Kinderbetreuung, „Mama-Kurse“
- qualifizierte sozialpädagogische Betreuung der Jugend- und Frauenkurse
- Stärkung der Orientierungskurse (bisher 30 Stunden) und verbindliche Curricula einschließlich Kultur und Geschichte Deutschlands und Wertordnung des Grundgesetzes
- Fahrtkostenzuschüsse bei Jugend- und Frauenkursen
- bei Bedarf: Erhöhung der Haushaltsmittel für Integrationskurse im Haushaltsentwurf 2008
- Förderung des Qualitätswettbewerbs der Träger der Integrationskurse
- lokale Integrationsnetzwerke aller zuständigen Behörden und Träger von Integrationsmaßnahmen
- Integrationskurse vollständig für Bestandsausländer öffnen
- Zulassung von eingebürgerten deutschen Staatsangehörigen zu Integrationskursen, wenn verfestigte Integrationsdefizite zu überwinden sind

Integration **fordern** durch:

- wer zu einem Integrationskurs verpflichtet wurde, muss diesen erfolgreich abschließen
- Konsequente Sanktionierung bei pflichtwidrigem Fehlen oder gar gänzlichem Fernbleiben von Kursen: Bußgeld bis 1000 €, Kürzung von Harz IV-Leistungen um 30 Prozent oder Beendigung der Aufenthaltserlaubnis
- Einhaltung der Datenübermittlungspflichten von Behörden, die in Kontakt zu in Deutschland lebenden Zugewanderten treten, über festgestellte Integrationsbedürftigkeit.
- Teilnahmeverpflichtung von Bestandsausländern bei Integrationsbedarf konsequent durchsetzen
- Einführung verbindlicher und unabhängiger Abschlusstests, die zentral von unabhängiger Stelle durchzuführen sind (spätestens 2009)
- Verpflichtung von arbeitslosen Altschwabern unmittelbar durch Behörden der Grundsicherung
- Stärkere Kontrolle der Teilnahmeverpflichtung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, strikte Ahndung von Verstößen durch die Ausländerbehörde
- Strenge Meldepflicht der Kursträger bei nicht ordnungsgemäßer Teilnahme
- Zeitliche Begrenzung von Aufenthaltserlaubnissen bis zum Nachweis des ordnungsgemäßen Besuchs des Integrationskurses
- verpflichtende Teilnahme auch für Ausländer mit Aufenthalt gem. § 22, 23 a Aufenthaltsgesetz

Frühförderung **verbessern**

Ein wachsender Anteil der in Deutschland geborenen Kinder entstammt Zuwandererfamilien. Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse haben kaum Chancen auf einen Schulabschluss und einen Arbeitsplatz. Diese Kinder sollen keine verlorene Generation werden. Der Abbau von Sprachbarrieren ebnet den Weg zur gleichberechtigten Teilhabe an

Bildung. Alle Kinder sollen bei der Einschulung vom ersten Tag an dem Unterricht auf Deutsch folgen können.

Integration **fördern** durch:

- Bildungsauftrag der Kindergarten- und Vorschulerziehung gleichgewichtig betonen
- Bildungs- und Erziehungspläne für Kindertageseinrichtungen und Grundschulen eng aufeinander abstimmen
- Auf einen Besuch des Kindergartens durch alle Kinder hinwirken
- bedarfsgerechte Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung, erhöhter Gewichtungsfaktor für Kinder mit Sprachförderbedarf bei öffentlichen Zuschüssen an die Träger
- verstärkte Einbeziehung der Eltern – Einrichtungen der Kinderbetreuung als Anlaufstelle für die Eltern zur Vermittlung von Beratungsangeboten nutzen, Intensivieren der Elternarbeit im Kindergarten
- Migrantinnen und Migranten für den Erzieherberuf gewinnen
- Qualifizierung der Erzieher in Ausbildung und Weiterbildung für die Arbeit in sprachlich und kulturell heterogenen Gruppen

Integration **fordern** durch:

- Verbindliche Sprachstandserhebung für alle Kinder zumindest einmal in ausreichendem Abstand zur voraussichtlichen Einschulung – damit Sprachförderbedarf rechtzeitig vor dem Übertritt in die Schule festgestellt werden kann
- Wahrnehmen der Sprachförderangebote im Kindergarten durch alle Kinder mit Sprachförderbedarf sicherstellen
- Besuch der Vorschule durch alle Kinder eines Jahrgangs so weit als möglich sicherstellen („Vorschulpflicht“)

Mit besserer Integration zu besseren Schulerfolgen

Sprachkenntnisse sind entscheidend für den Schulerfolg. Wir wollen, dass Bildungsangebote begabungsgerecht genutzt werden. Der Anteil der ausländischen Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen oder die Hauptschule besuchen, ist deutlich höher als bei deutschen Schülern. Geringer ist der Anteil der ausländischen Schüler, die das Abitur oder die Fachhochschulreife erwerben. Doch nicht die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, sondern nur Eignung und Leistung dürfen über den Bildungsweg entscheiden. Mit verbesserter Sprachförderung wird jeder Schüler seine Fähigkeiten und Fertigkeiten besser entfalten können. Allerdings dürfen die Versäumnisse der Integration nicht zum Vorwand genommen werden, gescheiterte Gesamtschulideologien wieder aufzuwärmen.

Integration **fördern** durch:

- Begabungsgerechte Bildungsangebote und individuelle Förderung müssen Zusammenhänge zwischen Merkmalen sozialer, sprachlicher, ethnischer Herkunft und dem Bildungsweg aufbrechen
- Für Bildung – als den entscheidenden „Rohstoff“ Deutschlands – müssen ausreichende Ressourcen verfügbar sein, um gewachsenen Anforderungen entsprechen zu können

- Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagsschulangeboten
- Zuwanderer für den Lehrerberuf gewinnen
- Sprachförderweiterbildung für Lehrer aller Schularten und Fächer
- Schulsozialarbeit ausbauen
- Zusammenarbeit von Schulen und Nachbarschaft, von Schulen und Vereinen ausbauen
- Zusammenarbeit mit den Eltern
- Integrationskurse für Eltern an den Schulen durchführen
- Migrantenorganisationen fördern, die sich für die Überwindung familiärer Bildungsbarrieren engagieren
- Modellprogramm „Schulverweigerung – die 2.Chance“ der Bundesregierung zügig auswerten und Ergebnisse allgemein umsetzen
- Bildungsforschung zu Fragen der Integration intensivieren

Integration **fordern** durch:

- Konsequentes Durchgreifen gegen Schulschwänzer
- Umsetzung der Ansätze zur Gewaltprävention - Streitschlichterprogramme, „Prävention im Team“ und andere – an allen Schulen, keine Duldung von Rechtsverstößen
- Schulen sollen für Eltern, mit denen eine Kooperation an Sprachbarrieren scheitert, einen Integrationskurs anregen können
- Kein Unterricht durch Lehrerinnen mit Kopftuch
- keine Duldung von Gesichts- oder Ganzkörperverschleierung an Schulen bei Schülerinnen und Lehrerinnen

Miteinander fordern, Miteinander fördern

Wir wollen auf ein soziales und kulturelles Miteinander der Menschen hinwirken, die in Deutschland leben. Wir lehnen ein multikulturelles Gegeneinander ab, weil es kalt und unsozial ist, die Solidarität untergräbt und zu Intoleranz und Gewalt führt.

Situation von Frauen und Mädchen verbessern

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein Gebot der Menschenrechte und des Grundgesetzes. Im alltäglichen Leben wird gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung zu oft verstoßen: Schülerinnen dürfen an Klassenfahrten oder am Sportunterricht nicht teilnehmen, Mädchen unterliegen besonderen Verhaltensvorschriften, viele Frauen werden am Erlernen der deutschen Sprache gehindert und in ihren Kontakten eingeschränkt. Vor allem aber sind weder Gewalt in der Familie, noch Zwangsverheiratungen, noch eine „Beschneidung“ (weibliche Genitalverstümmelung) von Mädchen mit deutschem Recht oder mit den Menschenrechten vereinbar. Die Novelle zum Zuwanderungsgesetz bringt erste wichtige Verbesserungen:

- Das Mindestalter für den Ehegattennachzug wird auf 18 Jahre angehoben.
- Bei konkreten Anhaltspunkten auf Vorliegen einer Zwangsehe wird der Ehegattennachzug nicht zugelassen.

Integration **fördern** durch:

- besondere Unterstützung von Müttern beim Spracherwerb (kursbegleitende Kinderbetreuung, „Tandem“- bzw. „Mama“-Kurse).
- familien- und frauenspezifische Themen in Integrationskursen aufgreifen
- Schutz von Frauen und Mädchen gegen Zwangsverheiratung: Einführung eines Straftatbestandes Zwangsverheiratung
- Zwangsverheiratung von Frauen aus dem Ausland erschweren (sog. „Importbräute“): Nachzugsalter auf 18 Jahre erhöhen, Sprachkenntnisse schon im Herkunftsland erwerben und nachweisen
- Zwangsverheiratung von in Deutschland aufgewachsenen Mädchen (sog. „Ferienbräute“) erschweren: Sensibilisierung an den Schulen (Vorbeugung durch Aufklärung, Überprüfung von Abmeldungen), verbesserte Rückkehrmöglichkeit nach Deutschland für Zwangsverheiratete und Erschwerung von Scheinehen zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts (längere Ehebestandszeit, häusliche Gemeinschaft)
- Erhöhung der Ausbildungsquote ausländischer Mädchen und junger Frauen – mehr Angebote im Dienstleistungsbereich

Integration **fordern** durch:

- Erwerb von guten Grundkenntnissen der deutschen Sprache als Voraussetzung beim Familiennachzug.
- Konsequente Durchsetzung der Teilnahme aller Mädchen am Schulsport, am Sexualkundeunterricht und an Klassenfahrten.
- Menschenrechtsverletzungen an Zuwanderinnen müssen konsequent verfolgt werden.

Kultur: Verbindendes suchen, Verschiedenheit zulassen

Deutschland hat als Sprach- und Kulturnation der staatlichen Teilung widerstanden. Die Strahlkraft der traditionsreichen Kultur Deutschlands, des „Lands der Ideen“, weckt Begeisterung. Kultur kann Verbindendes suchen und Verschiedenheit zulassen. Das kulturelle Leben Deutschlands schöpfte immer aus einer Vielfalt regionaler Quellen und fremder Einflüsse. Integration lebt von einer Kultur der Bildung, Teilhabe und Anerkennung. Zugang zum kulturellen Leben ist grundlegend für Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Migranten sind eine wichtige Zielgruppe kultureller Bildungsarbeit. Das kulturelle Leben in Deutschland wird bereichert durch die Impulse, die von Zuwanderern eingebracht werden. Dazu sind alle von ihren kulturellen Ausgangspunkten her eingeladen. Wir wollen kein Nebeneinander in sich geschlossener Kulturen, sondern ein Miteinander auf dem Boden der in Deutschland gewachsenen Tradition der Vielfalt und Offenheit.

- Integration als Teil des Auftrags kultureller Einrichtungen ernst nehmen und fördern
- Kultureinrichtungen und kulturelles Engagement bauen Brücken – über Kunst und Kultur ist die Begegnung und Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen zu fördern

- offene Kulturarbeit – Kulturwochen, Kulturjahrmärkte und ähnliches – als Ausdruck der Offenheit für andere Länder und Kulturen fördern
- Kultureinrichtungen und kulturelles Engagement müssen Migranten verstärkt ansprechen und als Publikum gewinnen
- kulturelle Angebote und kulturelles Engagement der Migranten müssen verstärkt Einheimische ansprechen und als Publikum gewinnen
- Migranten für aktive künstlerische Betätigung gewinnen
- kulturelle Bildung ausbauen und Zusammenarbeit von Schulen und kulturellen Einrichtungen sowie Erwachsenenbildung und kulturellen Einrichtungen intensivieren
- bessere Bedingungen für die Erfahrung gemeinsamer Ausübung künstlerischer Ausdrucksformen wie Musik, Tanz, bildende Kunst, darstellendes Spiel schaffen – denn diese Erfahrung trägt in hohem Maß zu Verständigung und gegenseitiger Wertschätzung bei.

Verantwortung der Medien

Medien informieren, bieten Leitbilder und Orientierungsmuster. Ihnen kommt deshalb eine hohe Verantwortung für die Integration zu. Medien sind als Vermittler von Sprache und Kultur für Migranten wichtige Repräsentanten der Aufnahmegesellschaft. Das Bild, das Medien von Deutschland zeigen, kann ebenso integrierend oder desintegrierend wirken wie das Bild, das sie in Deutschland von den Zuwanderern zeigen. Die Nutzung auf herkunftssprachliche Gruppen zugeschnittener besonderer Medien erwies sich für viele Migranten als Hemmschuh der Integration.

- der Integration im Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien und in den Unternehmenszielen der privaten Medien mehr Aufmerksamkeit schenken
- In den Unterhaltungsangeboten positive Leitbilder für Integration bieten
- Fremdsprachige Sendungen der Deutschen Welle in Deutschland zugänglich machen
- angemessene Berücksichtigung von Migranten in den Redaktionen von Rundfunk und neuen Medien durch gezielte Gewinnung und Förderung von entsprechend qualifiziertem Nachwuchs
- in der Aus- und Fortbildung in Medienberufen eine größere Kompetenz für Integrationsfragen schaffen
- Medienverhalten und Medienkonsum von Migranten gründlich beobachten und erforschen

Ehrenamt breiter verankern

Eine menschliche Gesellschaft ist nicht denkbar ohne den ehrenamtlichen Einsatz vieler Bürger in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen – in religiösen oder wohltätigen Vereinigungen, im Sport, in der Kultur. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der gerade auch die ehrenamtlich getragenen Vereinigungen wichtige Beiträge leisten können; zu wechselseitigem Verständnis, zur Vermittlung von Werten und zur Chancengerechtigkeit.

Bürgerschaftliches Engagement der Migranten ist Ausdruck der Zugehörigkeit zum Gemeinwesen. Es gilt, dies als Motor der Integration zu stärken und das soziale Kapital der Migrantennetzwerke für die Gesellschaft sinnvoll einzusetzen.

Integration fördern durch:

- Verbesserung der Zugänge zu zivilgesellschaftlichen Lebens- und Erfahrungsräumen
- Förderpreise für Vereine mit herausragenden Integrationsleistungen
- Ehrenamtliches Engagement in den Ausländerbeiräten fördern
- Zielgruppenorientierte Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtlich engagierte Zuwanderer durch Volkshochschulen oder andere Bildungsträger – Eigeninitiative und Kompetenz durch Engagement stärken
- Barrieren durch unterschiedliche Erfahrungshintergründe abbauen
- Schwerpunkte des Engagements von Migranten wie Elternarbeit und Hausaufgabenhilfe gezielt unterstützen
- Migranten bei Feuerwehren, THW, DLRG und Verbänden mit ähnlicher Zielsetzung gezielt einbinden

Integration fördern durch:

- Selbstverpflichtung islamischer Verbände und Bildungszentren in Wort und Tat auf das Prinzip der Integration und die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Ordnung
- Gezielte Förderung für Engagement, das kulturelle Grenzlinien überwindet und nicht verfestigt

Sportsgeist stärken

In Deutschland betätigen sich ca. 27 Millionen Bürger in über 90.000 Sportvereinen. Mit der gesellschaftlichen Bedeutung des Sports verbinden sich große Chancen für die Integration: des Spitzensports als Feld der Identifikation, des Breitensports als Feld des Miteinander. Sportsgeist ächtet Diskriminierung und fordert Fairness. Sport lehrt, mit Anstand zu gewinnen und zu verlieren. Das Engagement des Deutschen Olympischen Sportbundes, des Deutschen Fußballbundes und vieler ihrer Mitgliedsvereine für Integration und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ehrt den Sport. Der Vereinssport hat in höherem Maß als andere Bereiche Zuwanderer zu ehrenamtlichem Engagement gewinnen können.

Integration fördern durch:

- Im Jugend- und Breitensport gezielt Migranten für die heimatischen Sportvereine ansprechen
- mehr kulturelle Offenheit, stärkere Bereitschaft zur Mitarbeit von Zuwanderern auch in den Vereinsstrukturen
- Zuwanderer als Schiedsrichter gewinnen und schulen
- Bedarfsgerechtes Angebot öffentlicher Sportanlagen wie Fußball- und Basketballplätze auch außerhalb des Vereinssports

Integration **fordern** durch:

- Konsequente Durchsetzung des Regelwerks auch in allen Mannschaftssportarten
- Öffentliches Eintreten von Repräsentanten der Zuwanderer gegen Hindernisse für Mädchen und Frauen, Sport zu treiben

Integration **vor Ort**

Die Städte und Gemeinden, in denen die Menschen wohnen und arbeiten, prägen entscheidend ihr Bild vom Staat. Viele Kommunen bemühen sich seit langem mit großem Aufwand um die Integration der Zuwanderer auf vielen Gebieten der Kommunalpolitik – in Kindergärten und Schulen, in der Stadtentwicklung und Stadtteilarbeit, bei der Förderung des Sports und des Vereinslebens. Ziel ist es, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vor Ort zu ermöglichen. Neue Aufgaben stellen sich – etwa bei Angeboten für Ältere, die auf die Bedürfnisse von Migranten zugeschnitten sind. Für Verständigung und Verständnis in der Nachbarschaft ist die deutsche Sprache unverzichtbar, damit Mitwirkungs-, Informations- und Teilhabechancen erkannt und ergriffen werden können. Gelungene Integration macht die Ortschaften und Stadtviertel lebenswerter – misslungene Integration wird zuerst im örtlichen Umfeld zum Problem: aus einer Mischung von kultureller Distanz und sozialer Benachteiligung entwickeln sich Konflikte. Damit daraus kein Teufelskreis von Ausgrenzung und Gewalt wird, gehört zur Integration unverzichtbar eine konsequente Politik der Inneren Sicherheit.

Integration **fördern** durch:

- Wohnen und Wohnumfeld im Quartier unterstützen - attraktive öffentliche Räume, bedarfsgerechte Infrastrukturen, gezielte Verbesserung des Stadtteilimages dort, wo Stadtteile als „Problemviertel“ gelten
- Programm „soziale Stadt“ fortführen und ausbauen – Maßnahmen gezielt zur Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bevölkerungsstrukturen und zur Abwehr von Ghettobildung einsetzen
- Beratungsangebote für Migranten intensivieren und eindeutig auf Integration ausrichten
- Schule und Bildung in Ortschaften und Stadtteilen mit Jugendarbeit und Verbänden vernetzen, Öffnung der Schulen als Stadtteilschulen
- Aufwertung von Einzelhandel, Gewerbe und Dienstleistungen in den Ortschaften und Stadtteilen

Integration **fordern** durch:

- Intensivere Zusammenarbeit von Schulen, Einrichtungen der Jugendhilfe und Polizei
- verstärkte Einbindung von Muslimen und Moscheegemeinden in die kommunale Kriminalprävention
- Initiativen zur Gewaltprävention intensivieren und weiter entwickeln

- Erarbeitung von Umsetzungskonzeptionen, um der zunehmenden Verrohung und Gewalt von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken,
- Verstärktes Bemühen um die Gewinnung qualifizierter Bewerber mit Migrationshintergrund für die Landes- und Bundespolizeien
- Aufforderung an Eltern, Angebote der Jugendhilfe anzunehmen und sich der Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen zu öffnen

Arbeit fordern, Arbeit fördern

Arbeitnehmer und Unternehmer, die aus anderen Ländern stammen, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu Wohlstand und Wohlfahrt in Deutschland. Selbständige und Unternehmer mit Migrationshintergrund bieten nicht nur viele Hunderttausend Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland an, ihre Angebote unter anderem in Handwerk, Dienstleistung und Gastronomie sind hochgeschätzt. Wenn Menschen aktiv im Erwerbsleben stehen, fällt Integration leichter. Der gleichberechtigte Beteiligung der Zuwanderer in den Betrieben, in den Sozialversicherungen und in Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden verdankt die Integration ihre meisten Erfolge.

Ausbildungsbeteiligung steigern

Immer weniger Jugendliche mit Migrationshintergrund machen eine Ausbildung. Die wichtigste Weiche auf dem Weg in die Arbeitswelt ist damit falsch gestellt. Jeder zweite Jugendliche mit Migrationshintergrund und Hauptschulabschluss, jeder vierte mit Realschulabschluss sieht sich auf eine schulische oder berufsvorbereitende Maßnahme verwiesen. Wirtschaft und Politik sind gemeinsam gefordert: Die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu verbessern und allen jungen Menschen die Chance auf eine qualifizierende Berufsausbildung zu eröffnen. Wir wollen den bisher oft auf wenige Berufe verengten Blick von Zuwanderern für die Vielfalt der Berufsbilder öffnen. Wir begrüßen die von der Wirtschaft im erneuerten „nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ übernommene Verpflichtung, bis 2010 jährlich 60.000 neue Ausbildungsplätze und 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einzuwerben und jährlich 40.000 Plätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung zu stellen.

Integration fördern durch:

- Ausbildungsfähigkeit der Schulabgänger erhöhen, bessere schulische Vorbereitung auf die Arbeitswelt
- Selbständige und Unternehmer mit Migrationshintergrund verstärkt für die duale Berufsausbildung gewinnen
- Mit der „Koordinierungsstelle Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ (KAUSA) und Aktionen wie „Aktiv für Ausbildungsplätze“ bis 2010 bis zu 10.000 neue Ausbildungsplätze in Betrieben mit Inhabern ausländischer Herkunft gewinnen

- Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei den Ausbildungsberufen im öffentlichen Dienst erhöhen
- Außerbetriebliche Ausbildung Benachteiligter intensivieren, bis kein Ausbildungsbewerberüberhang mehr besteht
- Berufsfeldbezogene Sprachförderung in den Berufsschulen und entsprechende Weiterbildung der Berufsschullehrer, entsprechende Personalausstattung der Berufsschulen sicherstellen
- Berufsbezogene Entwicklung der Mehrsprachigkeit

Integration **fordern** durch:

- Ausbildungsorientierte Zusammenarbeit mit Eltern – Erprobung als neuer Bausteine im Jugendmigrationsdienst
- Feststellung von Sprachförderbedarf durch die Arbeitsgemeinschaften oder Agenturen für Arbeit und konsequente Zuweisung zu Integrationskursen

Arbeitsmarktchancen verbessern

Die Arbeitslosenquote unter Ausländern ist seit langem rund doppelt so hoch wie in der Bevölkerung insgesamt. Der Strukturwandel am Arbeitsmarkt ging zu Lasten der Bereiche mit einem überdurchschnittlichen Anteil ausländischer Arbeitnehmer: Großindustrie und produzierendes Gewerbe verlieren Arbeitsplätze, Dienstleistung und Mittelstand bauen Arbeitsplätze auf. Wir rufen dazu auf, die Vorzüge der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Kompetenz für die Betriebe bewusst zu machen und gezielt zu nutzen.

Integration **fördern** durch:

- Sensibilisierung der Führungskräfte, Bewusstsein für interkulturelle Kompetenz als wichtige Ressource der Betriebe wecken
- Qualifizierung des Personals, insbesondere stärkere Beteiligung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund an betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen
- Adäquate Beteiligung von Zuwanderern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen; Verstärkung von zielgruppenspezifischen Maßnahmen und Orientierung am individuellen Förderbedarf
- Verbesserung der Qualifikationsstruktur – Stärkung der Beteiligung von Zuwanderern an Weiterbildung, „zweite Chance“ durch berufliche Nachqualifizierung
- Arbeit des Beratungs- und Informationsnetzwerks „Integration durch Qualifizierung“ zügig auswerten und Ergebnisse in der Arbeitsförderung allgemein umsetzen
- Mit berufsbezogener Sprachförderung die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ergänzen
- Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst überprüfen und bei Bedarf (Lehrer an Schulen mit überdurchschnittlich vielen Schülern aus Zuwandererfamilien, Polizisten in Stadtvierteln mit hohem Bevölkerungsanteil der Zuwanderer ...) gezielt Migranten gewinnen

Integration **fordern** durch:

- Feststellung von Sprachförderbedarf durch die Arbeitsgemeinschaften oder Agenturen für Arbeit und konsequente Zuweisung zu Integrationskursen

International anerkannte Wissenschaft und Forschung

Weltoffenheit und interkulturelle Kompetenz wird im Zeitalter der Globalisierung für den Erfolg in Wissenschaft und Forschung immer wichtiger. Mitarbeiter mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund sind für Forschungsstätten und Hochtechnologiebetriebe in Deutschland eine Chance, ihre Position im weltweiten Wettbewerb zu verbessern. Wir wollen klugen Köpfen in Deutschland Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen. Die Zuwanderungsnovelle gibt mit maßvoll abgesenkten Schwellenwerten für die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit Impulse für Investitionen und Arbeitsplätze. Der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland ist Ausdruck gelungener Integration – doch der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund an den Studierenden bleibt hinter ihrem Anteil an der Altersgruppe zurück. Das Engagement privater Stiftungen für die Hochbegabtenförderung auch von Studierenden mit Migrationshintergrund verdient hohen Respekt.

Integration fördern durch:

- Ausbau der Fachhochschulen
- Öffnung der Hochschulen für beruflich Hochqualifizierte
- Gezielte Studienberatung für Studierende mit Migrationshintergrund
- Sprachförderangebote an den Hochschulen, insbesondere zur Förderung des schriftlichen Ausdrucks
- Intensivierung der Beratungsarbeit und Sprachförderung der Otto-Bennecke-Stiftung für Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und Asylberechtigte mit Studienberechtigung oder akademischer Ausbildung

Internationalität fördern durch:

- Anerkennungsverfahren für Bildungs- und Berufsabschlüsse transparenter gestalten, Möglichkeiten der Nachholung fehlender Qualifikationsbestandteile schaffen
- Bessere Beratung und Unterstützung ausländischer Wissenschaftler und Studierender durch die Hochschulen
- Tutorenprogramme für ausländische Studierende
- „Dual Career“-Programme für ausländische Wissenschaftler, die mit Familie nach Deutschland kommen
- Maßvolle Senkung der Schwellenwerte auch für eine Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte